
Familienpolitische Forderungen der eaf für die 20. Wahlperiode des Deutschen Bundestages



Berlin, 31. August 2021

Familie ist überall dort, wo Menschen aller Generationen füreinander sorgen und Verantwortung übernehmen. Familien in Deutschland leben vielfältige Formen und gestalten das Leben und Aufwachsen ihrer Kinder. Der im Frühjahr 2021 erschienene Neunte Familienbericht¹ stellt fest, dass das Elternsein anspruchsvoller geworden ist und diagnostiziert eine „Intensivierung von Elternschaft“. Um diesen gestiegenen Ansprüchen gerecht zu werden, stehen Familien allerdings sehr unterschiedliche Ressourcen zur Verfügung. Sie benötigen in ebenso unterschiedlichem Maße Unterstützung, damit alle Kinder gut aufwachsen können: Soziale Infrastruktur, finanzielle Leistungen, Bildungsangebote und gesellschaftliche Rahmenbedingungen müssen den unterschiedlichen Bedarfen von Familien gerecht werden.

Während der Corona-Pandemie brach für die Familien in Deutschland ein großer Teil ihrer unterstützenden Infrastruktur weg. Eltern mussten Kinderbetreuung, Homeschooling und Berufstätigkeit unter einen Hut bringen, während für ihre Kinder nicht nur die Bildungsangebote, sondern insbesondere ihre sozialen Kontakte, Sport und Freizeitangebote entfielen. Die Familien waren bis an die Grenzen ihrer Belastbarkeit und oftmals sogar darüber hinaus gefordert.

Mit großer Deutlichkeit zeigt sich, dass Familien mit geringeren Ressourcen besonders stark unter den Einschränkungen gelitten haben. Dort konnten Eltern ihre Kinder nicht ausreichend beim Lernen unterstützen oder es fehlte allein schon an der notwendigen technischen Ausstattung, so dass große Wissenslücken entstanden sind. Andere Familien hatten durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit mit finanziellen Sorgen zu kämpfen. Oder die angespannte Situation und die fehlenden Unterstützungsstrukturen führten dazu, dass Kinder vermehrt häuslicher Gewalt ausgesetzt waren.

Die Familienpolitik steht in den kommenden Jahren vor der großen Herausforderung, die negativen Folgen der Pandemie für Familien aufzufangen. Gleichzeitig muss sie vorausschauend dafür sorgen, dass Familien im Alltag wie auch in Ausnahme- und Krisensituationen die Unterstützung erhalten, die sie brauchen.

Die evangelische arbeitsgemeinschaft familie e. V., der familienpolitische Dachverband in der Evangelischen Kirche in Deutschland, stellt vor diesem Hintergrund die folgenden Forderungen an die Ausgestaltung der Familienpolitik in der nächsten Legislaturperiode:

1. Infrastruktur für Familien ausbauen

Eltern stehen durch immer komplexer werdende Anforderungen einer sich beschleunigenden Gesellschaft zunehmend unter Druck. Sie benötigen Befähigung und Unterstützung ebenso wie Entlastung, Entschleunigung und Erholung. Infrastruktur für Familien umfasst nicht nur Kinderbetreuung und schulische Ganztagsangebote, sondern auch eine breite Palette an Beratungs-, Erholungs- und Bildungsangeboten für Familien.

Trotz des seit 2013 bestehenden Rechtsanspruchs auf einen Platz in der Kindertagesbetreuung klafft noch immer eine erhebliche Lücke zwischen der in Anspruch genommenen Zeit und dem Betreuungsbedarf für unter Dreijährige. Diese Lücke muss geschlossen werden. Dabei, wie auch bei der Umsetzung eines Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter, kommt es aus Sicht der eaf darauf an, durch einen bundesweit einheitlichen Qualitätsrahmen eine sehr hohe Betreuungsqualität abzusichern.² Eine hohe Qualität in der Betreuung kann nur durch ausreichend qualifiziertes Personal gewährleistet werden. Die eaf fordert deshalb, Kampagnen für die Gewinnung und Ausbildung von Fachkräften im Erziehungs- und Bildungsbereich zu verstärken.

Der Neunte Familienbericht verweist auf die gewachsene Bedeutung von Familienbildung und Familienberatung und betont, wie wichtig die Absicherung ihrer Strukturen ist. Ebenso hat vor kurzem eine Studie im Auftrag des BMFSFJ³ eine hohe Inanspruchnahme von Familienbildung und Familienberatung belegt und mahnt den Ausbau dieser Angebote an. Dem schließt sich die eaf an und fordert eine verlässliche, regelhafte und flächendeckende Förderung von Einrichtungen und Angeboten der Familienbildung und deren verbindliche Verankerung als Rechtsanspruch in der Kinder- und Jugendhilfe. Eine Qualifizierungsoffensive für Fachkräfte der Familienbildung auf Bundesebene sollte Grundlage für die qualitative Weiterentwicklung und Qualitätssicherung in diesem Arbeitsfeld sein. Damit verbunden fordert die eaf die Erarbeitung von einheitlichen Qualitätsstandards.

Kinder haben ein Recht auf gewaltfreie Erziehung. Sicher sind sie nur dort, wo auch ihren Müttern keine Gewalt angetan werden kann. Deshalb fordert die eaf einen Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe bei häuslicher Gewalt. Dafür müssen ausreichend und zuverlässig finanzierte Plätze in Frauenhäusern geschaffen werden. Die eaf schließt sich der Forderung des Runden Tisches "Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen" nach einer bundesgesetzlichen Regelung an.⁴

2. Zeit für Familie schaffen

Eltern benötigen mehr zeitlichen Spielraum bei der Gestaltung von Erwerbstätigkeit und Familienleben. Die Rushhour des Lebens mit ihrer hohen Belastung durch Familien, Haus- und Erwerbsarbeit fordert Eltern in hohem Maße. Dabei sind viele Paare mit der Arbeitsaufteilung unzufrieden: Mütter möchten gerne mehr als bisher beruflich arbeiten, Väter gerne mehr Zeit mit der Familie verbringen.

Um die gemeinsame Verantwortungsübernahme für das Kind gleich von Anfang an zu stärken, fordert die eaf, das Elterngeld auszubauen. Dabei muss der Höchstbezug für einen Elternteil bei mindestens 12 Monaten bleiben und der zweite Elternteil zusätzlich mindestens 6 Monate Basiselterngeld beziehen können. Dies ergibt ein frei aufteilbares Modell von 6+6+6 Monaten.

Für den anschließenden Zeitraum bis zur Einschulung des jüngsten Kindes ist eine dynamische Elternarbeitszeit zu entwickeln, mit der Eltern jüngerer Kinder ihre Erwerbstätigkeits- und Familiensituation ausbalancieren können.

Die eaf setzt sich zudem für die Einführung einer zehntägigen bezahlten Freistellung für den zweiten Elternteil ein, die um den Zeitpunkt der Geburt eines Kindes genommen werden kann.

Der Mindestbetrag des Basiselterngelds von derzeit 300 Euro muss aus Sicht der eaf deutlich erhöht werden.

3. Bei Reformen im Familienrecht das Kind in den Mittelpunkt stellen

Kinder brauchen eine verlässliche elterliche Zuordnung nach der Geburt, unabhängig davon, ob sie in einer gleich- oder verschiedengeschlechtlichen Partnerschaft aufwachsen. Der Grundsatz, dass die Frau, die das Kind zur Welt bringt, automatisch rechtliche Mutter des Kindes ist (§ 1591 BGB), sollte beibehalten werden. Das Abstammungsrecht muss aus Sicht der eaf so reformiert werden, dass die Zuordnung von Kindern, die

mittels künstlicher Befruchtung in eine lesbische Partnerschaft hineingeboren werden, analog zu der bei heterosexuellen Paaren erfolgt.

Erwerbs- und Sorgearbeit sind in nichtehelichen ebenso wie in ehelichen Partnerschaften nach wie vor oft ungleich verteilt. Der Gesetzgeber muss auf diese Tatsache mit der Entwicklung geeigneter unterhaltsrechtlicher Instrumente reagieren. Unterhaltsrechtliche Reformen sollten faire Lösungsansätze entwickeln, die eine asymmetrische Arbeitsverteilung von Eltern vor der Trennung berücksichtigen. Eltern, die einen Großteil der unbezahlten Familienarbeit übernommen haben, brauchen nach einer Trennung ausreichend Zeit, um wieder im Job Fuß zu fassen und versäumte Karriereschritte nachzuholen, ohne mit ihren Kindern in Armut zu geraten.

4. Finanzielle Situation von Familien verbessern

Mehr als jedes fünfte Kind wächst in Deutschland in Armut auf. Das sind 2,8 Mio. Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren.⁵

Um Familien kurzfristig wirtschaftlich zu stärken, fordert die eaf, sich in der kommenden Legislaturperiode auf monetäre Verbesserungen in den etablierten Strukturen zu konzentrieren. Der Kinderregelsatz muss zeitnah an den spezifischen Bedarfen von Kindern für ein gutes Aufwachsen und angemessene Teilhabe ausgerichtet werden. Im Grundsicherungsrecht sollte der erhöhte Bedarf von Trennungskindern Berücksichtigung finden. Zugleich setzt sich die eaf für eine Anhebung des Kindergelds auf die maximale Entlastungswirkung des Kinderfreibetrags ein und fordert, beim Unterhaltsvorschuss nur das halbe Kindergeld anzurechnen.

Grundsätzlich begrüßt die eaf das Ziel, für alle Kinder einen eigenen Rechtsanspruch auf eine Absicherung außerhalb von Transferleistungen des SGB II und SGB XII zu schaffen als „Kindergrundsicherung“, „Kinderabsicherung“ oder unter einem anderen Namen. Zuvor müssen allerdings die Schnittstellen zwischen sozialrechtlichen, steuerrechtlichen und unterhaltsrechtlichen Strukturen sorgfältig geprüft werden, um unbeabsichtigte Folgewirkungen zu vermeiden.⁶

5. Wohnungspolitik zur familienpolitischen Aufgabe machen

Wohnkosten verschlingen – vor allem in Ballungsgebieten – häufig ein Drittel oder mehr des verfügbaren Haushaltseinkommens. In Haushalten an der Armutsgrenze beträgt die Mietbelastung im Mittel sogar rund 46 Prozent⁷, vielen davon bleibt nach der Zahlung von Miete und Nebenkosten weniger als das im Sozialrecht festgelegte Existenzminimum.⁸ Familien sind von Wohnungsmangel und Mietsteigerungen ganz besonders betroffen, denn sie benötigen größere Wohnungen, die in der Regel deutlich teurer sind. Die eaf fordert, Wohnungs- und Städtebaupolitik stärker zu einer sozial- und familienpolitischen Aufgabe zu machen. Dabei sollten familienfreundliche Wohnformen mit flexiblen Grundrissen und guter Einbindung in das soziale Umfeld zu bezahlbaren Mieten ermöglicht werden.

6. Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder schaffen

Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen hängt in Deutschland nach wie vor stark von sozialer Herkunft ab. Von zentraler Bedeutung ist dabei die Bildung der Eltern, finanzielle Ressourcen spielen ebenfalls eine Rolle. Während der Pandemie wurden Bildungsunterschiede durch monatelange Schulschließungen zusätzlich verstärkt.

Je mehr Eltern über Bildungswege und -möglichkeiten wissen, desto besser gelingen die Übergänge der Kinder in weiterführende Schulen, Ausbildung oder Studium.⁹ Die eaf fordert, Bildungsgerechtigkeit zu erhöhen, indem Eltern befähigt werden, ihren Kindern gute Bildungs- und Aufstiegschancen bieten zu können. Sie unterstützt deshalb die Empfehlungen des Neunten Familienberichts, verbindliche Ganztagsangebote im Schulbereich auszubauen. Für die dadurch entstehenden erweiterten pädagogischen Aufgaben sollte auf multiprofessionelle Teams aus Lehrkräften, Schulsozialarbeit, Gesundheitsfachkräfte und IT-Expertise gesetzt werden. Ein

akuter Bedarf für solche Teams wurde in der Pandemie anhand der massiven negativen Folgen für die psychische Gesundheit der Kinder und Jugendlichen¹⁰ sichtbar. Die eaf fordert, aus diesen Erfahrungen Konsequenzen zu ziehen.

7. Kindeswohl in der Reproduktionsmedizin vorrangig berücksichtigen

Immer mehr Paare greifen auf reproduktionsmedizinische Unterstützung zurück, wenn ihr Kinderwunsch nicht auf natürliche Weise in Erfüllung geht. Dabei werden die Möglichkeiten der Reproduktionsmedizin oft weit überschätzt. Je nach Verfahren enden höchstens 25 Prozent aller Behandlungen mit der Geburt eines Kindes. Aus Sicht der eaf sollten junge Paare durch verbesserte Rahmenbedingungen für eine frühe Familiengründung während Ausbildung, Studium oder in der Berufsanfängsphase dazu ermutigt werden, ihren Kinderwunsch nicht aufzuschieben.

Die eaf fordert¹¹, assistierte Reproduktionsverfahren sowie den Zugang zu reproduktionsmedizinischer Behandlung in einem Reproduktionsmedizingesetz zu regeln, da die bestehenden gesetzlichen Regelungen nicht mit der medizinischen Entwicklung und daraus resultierenden ethischen Fragen Schritt gehalten haben. Dabei sollte das Wohl der Kinder stets an erster Stelle stehen.

Kinderwunsch-Paare sollten durch eine unabhängige qualifizierte, niedrighschwellige und kostenlose psychosoziale Beratung unabhängig von der Beratung durch die Reproduktionsmediziner/innen dazu befähigt werden, im Interesse des Kindeswohls die für sie passenden Entscheidungen zu treffen.

Im Hinblick auf die einzelnen Verfahren müssen aus Sicht der eaf folgende Einschränkungen getroffen werden: Embryonenspenden sollten nur innerhalb eines engen gesetzlichen Rahmens ermöglicht, Eizellspenden – wenn überhaupt – in altruistischer Form und unter engen Rahmenbedingungen zugelassen werden. Am Verbot der Leihmutterchaft sollte nach Auffassung der eaf unbedingt festgehalten werden.

8. Kinderrechte in der Praxis umsetzen

Die in Deutschland geltenden Kinderrechte sind weitgehend unbekannt und werden in der Praxis nicht ausreichend berücksichtigt. Deshalb ist es höchste Zeit, durch eine Grundgesetzänderung ein politisches Signal für eine aktivere Politik für Kinder und Jugendliche zu setzen. Dabei sollte sowohl ein Zurückfallen hinter die Regelungen der UN-Kinderrechtskonvention als auch eine Verschiebung des wohlaustarierten Grundrechtsgefüges zwischen Eltern, Kindern und Staat verhindert werden. Die eaf hat dafür einen Formulierungsvorschlag¹² erarbeitet.

Die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen wurden in der Pandemie lange nicht gesehen. In der Folge haben junge Menschen in erschreckenden Größenordnungen depressive Symptomatiken und Angststörungen entwickelt. Die eaf setzt sich dafür ein, die spezifischen, alters- und entwicklungsbedingten Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen zu einem zentralen Thema unserer Gesellschaft zu machen.

9. Familienzusammenführung erleichtern

Ehe und Familie stehen in Deutschland unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung, unabhängig von Herkunft, Glauben oder Staatsangehörigkeit. Die eaf schließt sich der Forderung der Kirchen nach mehr Engagement bei der Zusammenführung der Familien von Geflüchteten und subsidiär Geschützten nachdrücklich an.¹³ Dafür müssen bürokratische Hürden abgebaut und die langen Wartezeiten verringert werden.

Quellenangaben

- ¹ BMFSFJ 2021. 9. Familienbericht. Verfügbar unter <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/ministerium/berichte-der-bundesregierung/neunter-familienbericht>
- ² AGF 2020. Positionspapier Ganztagsbetreuung. Verfügbar unter https://www.ag-familie.de/media/docs20/AGF_Positionspapier_Ganztagsbetreuung_Grundschohlen_Juni_2020.pdf
- ³ Prognos 2021. Familienbildung und Familienberatung: Angebote für Familien in Deutschland. Verfügbar unter <https://www.prognos.com/de/Familienbildung-und-beratung>
- ⁴ BMFSFJ 2021. Runder Tisch zieht positive Bilanz. Verfügbar unter <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/runder-tisch-zieht-positive-bilanz-181744>
- ⁵ Bertelsmann Stiftung 2020. Factsheet Kinderarmut in Deutschland. Verfügbar unter https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/291_2020_BST_Factsheet_Kinderarmut_SGB-II_Daten_ID967.pdf
- ⁶ eaf 2021. Neue Perspektiven für Kinder durch eine Kindergrundsicherung? Verfügbar unter https://www.eaf-bund.de/gallery/news/news_365/210804_zwischenruf_kgs.pdf
- ⁷ Holm, Andrej; Regnault, Valentin; Sprengholz, Maximilian; Stephan, Meret (2021). Die Verfestigung sozialer Wohnversorgungsprobleme, Forschungsförderung Working Paper Nr. 2017, Hans Böckler Stiftung, Verfügbar unter https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008039
- ⁸ Holm, Andrej; Regnault, Valentin; Sprengholz, Maximilian; Stephan, Meret (2021): Muster sozialer Ungleichheit der Wohnversorgung in deutschen Großstädten, Forschungsförderung Working Paper Nr. 222, Hans-Böckler-Stiftung. https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008072
- ⁹ Deutscher Bundestag 2021. Drucksache 19/27200. Neunter Familienbericht, S. 342. <https://dserver.bundestag.de/btd/19/272/1927200.pdf>
- ¹⁰ Bujard, M; Driesch, E.; Ruckdeschel, K.; Laß, I.; Thönnissen, C.; Schumann, A.; Schneider, N. (2021). Belastungen von Kindern, Jugendlichen und Eltern in der Corona-Pandemie. BiB.BeVölkerungs.Studien 2/2021. <http://doi.org/10.12765/bro-2021-02>
- ¹¹ eaf 2020. Kinderwunsch und Kindeswohl: Plädoyer für einen verantwortungsvollen Umgang mit Reproduktionsmedizin. <https://www.eaf-bund.de/de/projekte/reproduktionsmedizin>
- ¹² eaf 2021. Kinderrechte und Grundgesetz – eaf-Alternativvorschlag zum Erreichen der Zweidrittelmehrheit. <https://www.eaf-bund.de/de/projekte/kinderrechte>
- ¹³ EKD 2021. Familienzusammenführung zügig möglich machen, Erklärung der evangelischen und katholischen Kirche in Deutschland. <https://www.ekd.de/familienzusammenfuehrung-zuegig-moeglich-machen-64998.htm>